

EG-Richtlinie 2002/49/EG – Bericht zum Stand der Lärmaktionsplanung Stadt Aschaffenburg

keine Lärmaktionsplanung

Begründung:

In Aschaffenburg bestand eine erhebliche Lärmbelastung durch die Bundesautobahn A 3. Für die Erstellung des Lärmaktionsplans wäre die Regierung von Unterfranken zuständig gewesen.

Die fachlichen Ziele eines Lärmaktionsplans konnten jedoch durch den Planfeststellungsbeschluss für die Verbreiterung vom 29.01.2002 der Bundesautobahn A 3 erreicht und rechtlich verbindlich festgeschrieben werden.

Im Rahmen des derzeit laufenden Ausbaus werden Lärmschutzwälle, Lärmschutzwände und Wand/Wall-Kombinationen errichtet.

Nach der Berechnung für eine prognostizierte Verkehrsstärke von 85000 Kfz/24 h werden die nach der Verkehrslärmschutzverordnung geltende Immissionsgrenzwerte noch teilweise überschritten.

Wo aktive Schallschutzmaßnahmen außer Verhältnis zum angestrebten Schutzzweck stehen, haben die Grundstückseigentümer Anspruch auf Erstattung der Kosten für passiven Schallschutz nach der Verkehrswege-Schallschutzmaßnahmenverordnung (24. BImSchV). Soweit in Außenwohnbereichen die tags geltenden Grenzwerte weiterhin überschritten werden, hat der Planfeststellungsbeschluss dem Grunde nach die Entschädigung festgelegt.